



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses
am 20.08.2025**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	16:03 Uhr bis 17:09 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Carsten Heym
Alexander Raue
Thorben Vierkant
Christoph Bernstiel
Claudia Schmidt

Katja Müller
Eric Eigendorf
Melanie Ranft
Ferdinand Raabe
Andreas Wels
Andreas Silbersack

AfD-Stadtratsfraktion
AfD-Stadtratsfraktion
AfD-Stadtratsfraktion
CDU-Stadtratsfraktion
CDU-Stadtratsfraktion
Vertreterin für Herrn Riedel
Fraktion Die Linke
SPD-Fraktion
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion Volt/MitBürger
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion FDP / FREIE WÄHLER

Verwaltung

Dr. Alexander Vogt
Egbert Geier

René Rebenstorf
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Beate Saubke
Marco Schreyer
Maik Stehle

Oberbürgermeister
Bürgermeister
Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Büroleiterin Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Jan Riedel

CDU-Stadtratsfraktion

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Änderungsvorschläge der Tagesordnung, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** um Abstimmung bat

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.06.2025
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.06.2025
Vorlage: VIII/2025/01437
6. Beschlussvorlagen
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse (hier § 10 Abs. 8 "persönliche Erklärungen")
Vorlage: VIII/2025/01439
- 7.2. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse
Vorlage: VIII/2025/01313
8. Mitteilungen
- 8.1. Anregung Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zum Umgang mit Stadttuben
Vorlage: VIII/2025/01347

- 8.2. Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs
Vorlage: VIII/2025/01346
- 8.3. Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu Zugangssystemen für städtische Sportstätten
Vorlage: VIII/2025/01302
- 8.4. Anregung der Fraktion Volt / MitBürger zur verstärkten Nutzung des Bundesportals
Vorlage: VIII/2025/01317
- 8.5. Anregung der Fraktion Volt / MitBürger zur Ehrung von Athlet*innen im Park der Olympiasiege
Vorlage: VIII/2025/01318
- 8.6. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Aldag zur Bedarfsliste von Fahrradbügeln
- 8.7. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Schiedung zu Bauarbeiten Huttenstraße
- 8.8. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Schmidt zum Pinguinbrunnen
- 8.9. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Frau Dr. Burkert zum Tisch Radverkehr
- 9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Hitzeschutz am Arbeitsplatz in der Stadtverwaltung
Vorlage: VIII/2025/01431
- 10. Anregungen
- 11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.06.2025
- 12. Beschlussvorlagen
- 12.1. Einstellung einer Teamleiterin Forschung und Entwicklung im Stadtmuseum Halle
Vorlage: VIII/2025/01411
- 12.2. Einstellung eines Abteilungsleiters Amtsgutachten, Sozialpsychiatrie im Fachbereich Gesundheit
Vorlage: VIII/2025/01413
- 12.3. Vorweggewährung von Stufen im Rahmen der Anwendung der Fachkräfte-Richtlinie der VKA sowie befristete Zahlung einer widerruflichen Zulage im Rahmen der Anwendung der Richtlinie über eine Arbeitsmarktzulage der VKA im Fachbereich Finanzen
Vorlage: VIII/2025/01436
- 13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 14. Mitteilungen

15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
16. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zu Zuständigkeiten

Fragesteller 1 bezog sich auf die Sauberkeit der Flaniermeile und sagte, dass Glasscherben herumliegen, die Mülleimer übergelaufen sind und ein Einkaufswagen im Wasser herumliegt. Er fragte, wer für die Sauberkeit der Flaniermeile zuständig ist. Rückfragen beim Ordnungsamt, der Stadtwirtschaft und dem Grünflächenamt haben ergeben, dass diese Bereiche nicht zuständig sind.

Herr Rebenstorf erklärte, dass für den Weg am Mühlgraben das Grünflächenamt zuständig ist. Er sicherte zu, dass die genannten Punkte weitergegeben werden. Weiter sagte er, dass künftig klare Aussagen getroffen werden, wenn ein Bürger oder eine Bürgerin anruft und Nachfragen zur Zuständigkeit hat.

zu 3.2 Fragesteller 2 zu Merseburger Digitaltage

Fragesteller 2 bezog sich auf die Merseburger Digitaltage und das Logo der Stadt Halle, welches dort prangt. Er fragte, ob die Stadt als Veranstalter eingestiegen ist und welche Bedeutung hinter der Logopräsenz steht. Weiter fragte er, welche Rolle die Stadt Halle im Eventkontext spielt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt antwortete, dass der Saalekreis zum Hinterland von Halle gehört und zukünftig das Umland stärker eingebunden werden soll. Speziell der Saalekreis/Mannsfeld-Südharz soll sich stärker regional engagieren und Präsenz zeigen. Weiter sagte er, dass Digitalisierung und die Digitalwirtschaft wichtige Wachstums- und Verwaltungsbereiche sind. Ziel ist, nicht nur durch Veranstaltungen mit Frau Dr. Odparlik präsent zu sein, sondern allgemein mehr Sichtbarkeit zu zeigen, um die Kooperation mit dem Saalekreis weiter zu fördern.

Fragesteller 2 bezog sich auf die Merseburger Erklärung und fragte, ob die Stadt das Dokument als Körperschaft mitträgt und ob die einzelnen Forderungen, die dort gestellt werden, bekannt sind. Weiter fragte er, ob über die Ideen und Anforderungen an die Landesregierung diskutiert wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass es grundsätzlich um politische Lobbyarbeit geht, die Interessen der Kommunen im Allgemeinen zu vertreten. Weiter sagte er, dass die Richtung der Merseburger Digitaltage durch die Verwaltung vertreten wird. Er sicherte eine detaillierte Antwort durch Frau Odparlik zu, da sie dies im Detail betreut.

Fragesteller 2 sagte, dass es ihm wichtig war, dies hier zu erwähnen. Weiter sagte er, dass ihm nicht klar war, dass man als angemeldeter Teilnehmer diese Erklärung mitträgt.

zu 3.3 **Fragesteller 3 zu kommunales Handeln**

Fragesteller 3 berichtete, dass im Frühjahr 2025 eine Person in den Begleitausschuss der Hallianz für Vielfalt berufen wurde, die bei Halle gegen Rechts aktiv ist und beim Verein Miteinander e. V. tätig ist. Diese Person soll wiederholt antidemokratisches Verhalten gezeigt haben (Gesprächsblockaden, Ausschluss, Diffamierungen, Verleumdungen). Er fragte, ob der Verwaltung solches bekannt ist und, falls nein, wie damit umgegangen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt erklärte, dass die Mitglieder mehr oder weniger entscheiden, wer in den Ausschuss berufen wird, und die Verwaltung durch einen Mitarbeiter der Stadt ein wenig gesteuert wird, wies aber darauf hin, dass die Stadt den Ausschuss nicht beeinflussen kann. Er sagte, dass er die Dynamiken in dem Ausschuss anders einschätzt. Er sagte, dass er die neue Information prüfen wird, um zu erfahren, was tatsächlich los ist.

Fragesteller 3 sagte, dass er an den zuständigen Geschäftsbereich IV Informationen zum Sachverhalt weiterleitet.

zu 3.4 **Fragesteller 4 zu Mietwucher**

Fragesteller 4 bezog sich auf einen Bericht aus der Leipziger Volkszeitung zu Mietwucher. In diesem Bericht wurde auf die Errichtung einer Mietwucher-App durch die Stadtverwaltung hingewiesen. Er fragte, ob die Stadt Halle dabei mitzieht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass das Thema für die nächste Beigeordneten-Konferenz festgelegt wurde. Es wird geprüft, ob die Mieten in der Stadt Halle 50 % über dem Mietspiegel liegen.

Fragesteller 4 schlug vor, seriöse Anbieter wie „Mietchecker“ oder „Apple“ zu nutzen, um Neutralität zu wahren. Er sagte, dass man nicht den reißerischen Stil von Leipzig übernehmen, sondern sachlich bleiben sollte.

Fragesteller 4 fragte, ob die Stadträtinnen und Stadträte Fragen an den Mieterrat haben.

Frau Müller erklärte, dass die App von ihrer Partei bereits umgesetzt wurde und man sich hierzu Ratschläge einholen kann.

zu 4 **Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.06.2025**

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 19. Juni 2025. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt wies darauf hin, dass die Informationsvorlage vor dem Wappensaal ausgehängt ist.

zu 6 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse (hier § 10 Abs. 8 "persönliche Erklärungen") Vorlage: VIII/2025/01439

Frau Ranft führte in den Antrag ihrer Fraktion ein und sagte, dass in der Vergangenheit persönliche Erklärungen in Sitzungen zugenommen haben. Sie bezog sich auf die letzte Stadtratssitzung und der Diskussion rund um die Beflaggung. Sie kritisierte, dass persönliche Erklärungen oft als Zeitverschwendung genutzt wurden, um abstimmende Motive nochmals zu erklären, und schlug vor, eine neue Vorgehensweise zu finden, um dies zu verhindern. Es gibt Unterschiede zwischen Kommunen, wie persönliche Erklärungen geregelt sind. Sie bezog sich auf eine Formulierung aus Potsdam und erklärte, dass sich ihre Fraktion daran orientiert hat.

Herr Heym wies auf eine Situation im letzten Stadtrat hin, wo zwei Mitglieder seiner Fraktion von diesem Recht Gebrauch machten, sowie im Vergabeausschuss, wo Mitglieder der Fraktionen Die Linke, DIE GRÜNEN und SPD und der Vorsitzende auch die entsprechende Erklärung zu Protokoll gaben.

Weiter sagte er, dass die Gelegenheit, vorab entsprechende Positionen zu erläutern, nicht mehr funktioniert, sobald gemäß Geschäftsordnung nach § 11 (1a und b) dies positiv beschieden ist. Er sagte, dass es dann ein frontaler Angriff auf die Ausübung des freien Mandats ist, weil gerade der fraktionsgebundene Mandatsträger nicht Gelegenheit hat, entsprechend sein abweichendes Stimmverhalten zu erläutern. Er verwies dabei auf eine Entscheidung vom OVG Lüneburg, Aktenzeichen 10 M 36/90, in der klargestellt wurde, dass ein kommunaler Mandatsträger, der von der Linie seiner Fraktion abweicht, das Recht haben muss, seine abweichende Meinung in der Gemeinderatssitzung öffentlich darzulegen. Dies ist ein wichtiger Aspekt der Meinungsfreiheit und der politischen Teilhabe auf kommunaler Ebene.

Herr Raue wies darauf hin, dass in den letzten beiden Ratsperioden besonders aus der Fraktion Die Linke heraus die Instrumente „Ende der Debatte“ oder „Schluss der Rednerliste“ wesentlich häufiger eingesetzt wurden, als die AfD-Fraktion das Instrument der „eigenen Erklärung“ genutzt hat. Er sagte, dass mit diesem Antrag der Stadtrat ermächtigt werden soll,

das eigene Abstimmungsverhalten nicht mehr zu erklären. Er kritisierte dies, da den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr transparent erklärt werden kann, wie und warum sich der Stadtrat entscheidet.

Frau Müller bezog sich auf den Antrag und sagte, dass in der Vergangenheit die persönlichen Erklärungen nicht formal gemäß Geschäftsordnung genutzt wurden, sondern häufiger dazu, einen Abbruch der Debatte zu unterminieren. Sie äußerte, dass ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen kann. Sie regte an, dass die AfD-Fraktion ihren heutigen Äußerungen folgt und dies so im Stadtrat handhabt.

Herr Bernstiel bezog sich auf ein Zitat von Voltaire: „Ich teile ihre Meinung zwar nicht, aber ich würde mein Leben dafür geben, dass wir sie frei äußern können.“ Er sagte, dass sich damit die Meinung der CDU-Fraktion widerspiegelt. Er äußerte seine Meinung, dass im Stadtrat Meinungen auch ausgehalten werden sollten und wenn sich alle an die Regelungen der Geschäftsordnung halten, ein gutes Miteinander möglich ist. Er sagte, dass er dem Antrag nicht zustimmen kann.

Herr Ferdinand Raabe sagte, dass es wichtig ist, vor allem bei der aktuellen politischen Lage auch die Geschäftsordnung immer wieder darauf zu überprüfen, vor Missbrauch zu schützen, um die Demokratie zu schützen. Er stimmte der Aussage von Frau Müller zu und sagte, dass man sich nicht im eigenen demokratischen Diskurs beschneiden lassen darf. Aus diesem Grund kann seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Heym wies die Vorwürfe gegen seine Fraktion zurück. Diese sind völlig unbegründet. Er sagte, dass in der letzten Stadtratssitzung der entsprechende Antrag der AfD, welcher eine Woche vorher im Hauptausschuss besprochen wurde, eingebracht wurde. Dabei nahm die Aussprache dazu eine völlig andere Dynamik an, als sie sich später im Stadtrat in der Sitzung darstellte. Aus diesem Grund war das Abstimmungsverhalten von Herrn Raue und ihm im Hauptausschuss unter Anwesenheit der Presse ein anderes als dann im Stadtrat. Er sagte, dass seine Fraktion an der einen oder anderen Stelle über das Ziel hinausschießt, wies aber darauf hin, dass dann der Stadtratsvorsitzende korrigierend eingreifen sollte.

Herr Silbersack äußerte, dass er dem Antrag nicht zustimmen kann. Er kritisierte, dass der Antrag in die falsche Richtung zielt, und betonte, dass der Stadtrat effizienter arbeiten müsste. Er sagte, dass persönliche Erklärungen jedem zustehen und nicht eingeschränkt werden sollten.

Frau Ranft bezog sich auf Herrn Heyms Aussage und sagte, dass es jedem Stadtrat zusteht, in der Debatte zu sagen, dass sich das Abstimmungsverhalten geändert hat. Sie erklärte, dass sie in solchen Situationen ihr Abstimmungsverhalten im Redebeitrag äußert.

Herr Heym reagierte auf den Vorwurf und erklärte, dass das geänderte Abstimmungsverhalten erklärt wurde. Dies konnte in der regulären Diskussion nicht mehr erfolgen, da die SPD-Fraktion den Geschäftsordnungsantrag stellte.

Herr Vierkant sagte, dass seine Fraktion gemäß Vereinbarung abstimmte, wie es auch Herr Backmund im Stadtrat vortrug. Er erklärte, dass Herr Raue und Herr Heym nach der geführten Debatte nicht zustimmten und alle anderen Mitglieder der AfD-Fraktion dem CDU-Antrag folgten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

§ 10 Absatz 8 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse wird geändert und erhält folgende Fassung:

(8) Jedes Mitglied des Stadtrates ist berechtigt, nach der Abstimmung das Wort zu einer persönlichen Erklärung zu ergreifen, um Angriffe und Äußerungen, die sich auf ihre/seine Person beziehen, zurückzuweisen; **und** eigene Ausführungen richtigzustellen ~~oder die Motive für die eigene Stimmabgabe zu erläutern~~. **Weitere Ausführungen zum Tagesordnungspunkt sind nicht zulässig.** Sie darf nicht länger als 2 Minuten dauern.

zu 7.2 Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse Vorlage: VIII/2025/01313

Herr Ferdinand Raabe führte in den Antrag seiner Fraktion ein und betonte, dass der Stadtrat als Kontrollorgan der Verwaltung gestärkt werden soll, insbesondere durch Anfragen.

Wichtig soll sein, dass nicht allein die Verwaltung über den Zeitpunkt der Antworten entscheidet, sondern der Stadtrat bzw. einzelne Stadträte dies mitentscheiden. Er sagte, dass man in den meisten Fällen wahrscheinlich einer Verlängerung zustimmen wird. Dennoch soll die Regelung so angepasst werden, dass der Stadtrat zusätzlich zustimmen muss, damit eine Anfrage verlängert oder verspätet beantwortet wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt bezog sich auf eine Frage zum Thema Freiräume, wo es innerhalb der Verwaltung noch Abstimmungsbedarf gab. Er erklärte, dass bei einer erforderlichen schriftlichen Genehmigung Antworten entstehen würden, die weder der Fraktion noch der Verwaltung gefallen würden, und das praktische Ziel des Antrags würde scheitern.

Herr Schreyer erklärte, dass dieser Antrag so nicht geregelt werden kann. Er wies darauf hin, dass man dem Hauptverwaltungsbeamten nicht Verpflichtungen auferlegen kann, wo das Gesetz keine Grundlage dafür bietet.

Weiter bezog er sich auf die gesetzlichen Regelungen und sagte, dass Fragen, die nicht sofort mündlich beantwortet werden können, eine Regelfrist der Antwort von einem Monat haben. Da es eine Regelfrist ist, kann diese auch verlängert werden. Hierfür bedarf es Gründe. Er wies darauf hin, dass gemäß Geschäftsordnung die Frist von 21 Tagen bereits auf 16 Tage gekürzt ist, da grundsätzlich die Antworten am Freitag vor der Sitzung vorliegen müssen. Er erklärte, dass mit dem Antrag ein Zustimmungserfordernis einzuholen ist, was so rechtlich nicht möglich ist.

Herr Heym sagte, dass der Antrag ein Problem aufzeigt, dass die Verwaltung bewusst Fragen später beantwortet. Er sagte, dass dieses Problem sich nicht mit seinen sechs Jahren Stadtratstätigkeit deckt. Seine Fraktion hat jedoch festgestellt, dass der Inhalt der Antworten von Fall zu Fall nicht den Erwartungen qualitativ entsprach. Er verwies auf die Ausführungen von Herrn Schreyer und sagte, dass er keine Notwendigkeit eines solchen Antrages sieht.

Herr Eigendorf äußerte Sympathie für den Antrag, da in der Vergangenheit Schwankungen zu beobachten waren. Er sagte, dass die Verwaltung nicht immer ausführliche Stellungnahmen abgibt, warum es zu einer Verzögerung der Beantwortung kommt. Er regte

an, dass die Verwaltung künftig darauf achtet, immer ausführliche und begründete Antworten zu geben. Er bezog sich auf die Äußerungen von Herrn Schreyer und sagte, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen kann.

Frau Müller sagte, dass ihre Fraktion sich mit der Frage beschäftigt hat, was passiert, wenn eine Fraktion die Zustimmung einer Fristverlängerung nicht erteilt. Hier sah ihre Fraktion keine wirkliche Lösung. Sie verwies auf die rechtlichen Ausführungen von Herrn Schreyer und sagte, dass ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

§ 8 (3) der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse wird wie folgt geändert:

- (3) Schriftliche Anfragen sollen 21 Tage vor der Sitzung beim Team Ratsangelegenheiten eingegangen sein, damit eine schriftliche Antwort bis zur Sitzung ermöglicht wird. Ist eine schriftliche Beantwortung bis zum Freitag vor dem Sitzungstermin nicht möglich, so ist dies dem Fragesteller mit der Begründung in der Sitzung mitzuteilen und die Beantwortung unverzüglich nachzuholen. **Eine Verlängerung der Frist zur Beantwortung einer schriftlichen Anfrage bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Fragestellers.** Eine Diskussion zu den Anfragen und deren Antworten soll nicht stattfinden.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Anregung Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zum Umgang mit Stadtauben
Vorlage: VIII/2025/01347

Frau Brederlow informierte, dass die Anregung angenommen und das benannte Gutachten mitberücksichtigt wird.

zu 8.2 Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs
Vorlage: VIII/2025/01346

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt informierte, dass die Verwaltung in verschiedenen Gremien aktiv ist und er sich mit dem Vorsitzenden des MDV trifft. Beim Deutschland-Ticket gibt es ein großes Problem, da sich die Bundesrepublik nicht eindeutig äußert. Er erklärte, dass die Anregung aufgenommen wird und diese Rahmen seiner Aktivitäten zu lobbyieren.

zu 8.3 Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu Zugangssystemen für städtische Sportstätten
Vorlage: VIII/2025/01302

Herr Schiedung trug seine Anregung vor und sagte, dass sich diese auf einen Antrag zur Digitalisierung der Zugangssysteme im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung bezieht. Durch eine Versionierung ist der Antrag noch nicht abgestimmt. Er sagte, dass ohne ein konkretes Konzept oder abgestimmte Inhalte eine weitere Bearbeitung schwierig ist. Er sprach dafür, Digitalisierungsvorhaben nicht pauschal abzulehnen, sondern eher kooperativ zu prüfen, nachzubessern oder anzupassen, um die Bevölkerung und die Verwaltung besser zu unterstützen.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die Anregung aufgenommen wurde. Sie informierte, dass zurzeit die Zugangskontrollen über die vereinsgebundenen Transponder laufen. Ein ERP-System ist nicht installiert und die installierten Zugangssysteme verfügen über keine Schnittstelle zu einem ERP-System. Sie sagte, dass dies eine größere Aufwendung ist, und aufgrund der Haushaltslage ist eine Umrüstung auf ein ERP-System derzeit nicht finanziell darstellbar.

zu 8.4 Anregung der Fraktion Volt / MitBürger zur verstärkten Nutzung des Bundesportals
Vorlage: VIII/2025/01317

Herr Bürgermeister Geier berichtete, dass die Verwaltung die Anregung aufnimmt. Es handelt sich um ein technisches Problem: In Sachsen-Anhalt ist vereinbart, dass die Kommune regelmäßig Informationen in das entsprechende Serviceportal von Sachsen-Anhalt einpflegt und diese über das Portal an das Bundesportal weiterleitet. Derzeit wird geprüft, warum es nicht funktioniert.

zu 8.5 Anregung der Fraktion Volt / MitBürger zur Ehrung von Athlet*innen im Park der Olympiasiege
Vorlage: VIII/2025/01318

Frau Dr. Marquardt informierte, dass die Anregung sich auf den Park der Olympiasieger am Hansering bezieht. Neben den Olympischen Spielen gibt es Paralympics, Deaflympics, World Games und Special Olympics, jeweils mit eigenen Kriterien. World Games ehren Weltbeste in nichtolympischen Disziplinen; Deaflympics ehren Weltbeste mit Gehörbeeinträchtigungen; Paralympics ehren Weltbeste mit bestimmten Beeinträchtigungen; Special Olympics fokussieren auf persönliche Bestleistung statt auf reinen Weltrekord. Bisher liegen keine Goldmedaillengewinnerlisten vor (World Games, Deaflympics, Paralympics). Sie verwies auf die Haushaltssperre und sagte, dass eine freiwillige Aufgabe zur Ehrung möglich wäre. Es besteht starkes Interesse an einer öffentlichen Ehrung aller Gewinner in den Kategorien, mit angepasstem Gestaltungskonzept.

zu 8.6 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Aldag zur Bedarfsliste von Fahrradbügeln

Herr Rebenstorf informierte, dass Fahrradbügel in der Schönitzstraße nur im Kreuzungsbereich aufgestellt werden, um einen sicheren Straßenwechsel für Kinderwagen und Rollstuhlfahrer zu gewährleisten. Eine Aufstellung von Fahrradbügel in der gesamten Schönitzstraße ist nicht angedacht.

zu 8.7 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Schiedung zu Bauarbeiten Huttenstraße

Herr Rebenstorf informierte, dass nach Rücksprache mit der HAVAG keine wesentlichen Stauerscheinungen der Linie 26 registriert wurden. Aus diesem Grund wird keine mobile Lichtsignalanlage aufgestellt.

zu 8.8 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Schmidt zum Pinguinbrunnen

Herr Rebenstorf informierte, dass die Kolleginnen und Kollegen vom FB Sicherheit regelmäßiger kontrollieren. In den vergangenen Tagen wurden mehrere Platzverweise erteilt sowie etwaige Missstände wegen Müllverschmutzung und Beschädigungen zur weiteren Bearbeitung dokumentiert.

zu 8.9 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Frau Dr. Burkert zum Tisch Radverkehr

Herr Rebenstorf informierte, dass die Anregung aufgenommen wird.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 9.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Hitzeschutz am Arbeitsplatz in der Stadtverwaltung
Vorlage: VIII/2025/01431**

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt informierte, dass die Antwort zur Kenntnis im Session eingestellt ist.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Alexander Vogt
Oberbürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer